

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

29. Jahrgang

Berlin, den 23. März 1962

Nummer 12

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Die internationale und die westdeutsche Wirtschaftslage Mitte März 1962

Die internationale Situation

In der westlichen Weltwirtschaft setzen sich insgesamt zwar die expansiven Kräfte weiter durch, doch verläuft die internationale Konjunktur nicht reibungslos. Vor allem drei Probleme überschatten gegenwärtig das Wirtschaftsgeschehen. Einmal ist das Produktionspotential einiger führender Industrieländer nicht mehr oder noch nicht voll ausgelastet, wobei entweder, wie in den Vereinigten Staaten, insbesondere die Arbeitskräfte noch nicht vollbeschäftigt sind oder, wie in Großbritannien, in der Bundesrepublik und — in Teilbereichen — auch in Frankreich, die Kapazitäten nicht voll ausgenutzt werden. Infolgedessen hat sich der internationale Wettbewerb verschärft. Die unterbeschäftigten Industriezweige suchen auf den Auslandsmärkten ihren Absatz auszudehnen. Ihre Bemühungen werden nicht nur dadurch beeinträchtigt, daß die gegenwärtige internationale Wirtschaftslage eine stärkere Exportbelebung kaum zuläßt, sondern auch dadurch, daß die Volkswirtschaften und Wirtschaftsbereiche, deren Kapazitäten nicht ausgelastet sind, einem Kostendruck ausgesetzt sind.

Hierin ist nun ein weiteres Problem zu sehen, dem sich vor allem die Länder gegenübersehen, deren Arbeitskräfte trotz Spielraums in den Kapazitäten nach wie vor vollbeschäftigt sind. Lohnsteigerungen, die bei kaum entspannter Arbeitsmarktlage weiterhin durchgesetzt werden, übersteigen die stark verminderten Produktivitätsfortschritte und erhöhen die Arbeitskosten je Produktionseinheit. Die Verlangsamung der Produktivitätssteigerungen, die mit der unzureichenden Auslastung der Kapazitäten bei gleichzeitiger Hortung von Arbeitskräften verbunden ist, wäre unschwer zu vermeiden gewesen, wenn die wirtschaftspolitischen Instanzen in den betreffenden Volkswirtschaften eine stärkere Nachfrageexpansion zugelassen oder angeregt hätten.

Die Kostenaufblähung steht der Lösung des dritten, die Weltwirtschaft belastenden Problems, d. h. dem Ausgleich des internationalen Zahlungs- und Leistungsverkehrs, insoweit ent-

gegen, als sie Defizitländer, wie Großbritannien, im internationalen Konkurrenzkampf weiter benachteiligt. Sie wirkt aber zum Teil auch ausgleichend auf die Außenwirtschaftsbeziehungen, weil Überschußländer, wie die Bundesrepublik, gleichfalls von ihr erfaßt werden. Auch die Entwicklung in den Vereinigten Staaten, wo bei kräftigem Wachstum des Sozialprodukts die Produktivität fühlbar steigt und bei ruhiger Arbeitsmarktlage die Lohnsteigerungen kaum über den erzielten Produktivitätsfortschritten liegen, dürfte tendenziell zur Beseitigung der Außenwirtschaftsspannungen beitragen. So hat sich der Leistungsbilanzüberschuß der Vereinigten Staaten im vierten Quartal des vergangenen Jahres nicht, wie zunächst zu befürchten war, weiter vermindert, sondern wieder erhöht.

Wenn sich trotzdem die Zahlungsbilanzprobleme in den Vereinigten Staaten verschärft haben, so sind hierfür Bewegungen des kurzfristigen Kapitals verantwortlich, von denen gegenwärtig Großbritannien profitiert. Sie sind nicht zuletzt durch Zinsdifferenzen zwischen den nationalen Geldmärkten verursacht worden. Auch nach der letzten britischen Senkung des Diskontsatzes von 6 auf $5\frac{1}{2}\%$ ist der Zinsunterschied zwischen dem britischen Geldmarkt einerseits und den amerikanischen sowie kontinentaleuropäischen Märkten andererseits noch beträchtlich. Der Geldabfluß aus den Vereinigten Staaten und der Geldzustrom nach Großbritannien haben aber auch darin ihre Ursache, daß gegenwärtig dem Pfund offenbar mehr Vertrauen entgegengebracht wird als dem Dollar. Wenn es auch Großbritannien bisher nicht gelungen ist, sein fundamentales Zahlungsbilanzungleichgewicht zu beseitigen — seine Leistungsbilanz dürfte nach wie vor bei gleichzeitigem Nettoexport langfristigen Kapitals defizitär sein —, so konnte es doch im vorigen Jahr, als die Spekulation gegen das Pfund ihren Höhepunkt erreichte, durch Aufnahme eines Stützungskredits beim Weltwährungsfonds verhindern, daß seine Gold- und Devisenreserve schrumpfte. Die Zuflüsse kurzfristiger Mittel setzten Groß-

britannien inzwischen sogar in die Lage, einen Teil des Stützungskredits wieder zurückzuzahlen. Demgegenüber verzichteten die Vereinigten Staaten, deren Zahlungsbilanzdefizit sich im vergangenen Jahr erheblich verminderte, da ihr Leistungsbilanzüberschuß bei fast gleichbleibendem Nettoexport langfristigen Kapitals beträchtlich stieg, darauf, einen Überbrückungskredit beim Weltwährungsfonds in Anspruch zu nehmen. Da sich aber das Ausland nicht bereitfindet, zusätzliche Dollarguthaben im Ausmaß des amerikanischen Zahlungsbilanzdefizits zu übernehmen, geht etwa seit Mitte vorigen Jahres die amerikanische Währungsreserve wieder zurück.

Das Vertrauen, das einer Währung entgegengebracht wird, hängt zwar entscheidend von der Bewegung der Gold- und Devisenreserve des betreffenden Landes ab, nicht zuletzt, weil sie sehr viel schneller bekannt wird als die ihr unterliegende Zahlungsbilanzentwicklung. Es ist jedoch nicht ohne Bedeutung, wodurch Gold- und Devisengewinne oder -verluste hervorgerufen werden. Sind Gold- und Devisenzuflüsse — wie gegenwärtig in Großbritannien — durch einen Zustrom kurzfristigen Kapitals bedingt, während Leistungs- und übriger Kapitalverkehr ein Defizit aufweisen, so bilden sie für die betreffende Währung eine nur schmale Vertrauensbasis, wie die britischen Erfahrungen gerade auch in der Nachkriegszeit wiederholt gezeigt haben. Großbritannien wird sich daher erfolgreicher um eine fundamentale Bereinigung seiner Zahlungsbilanzprobleme bemühen müssen. Die jetzt wieder leicht auf Expansion gerichtete Wirtschaftspolitik, die auch in der erneuten — allerdings nur geringen — Diskontsenkung zum Ausdruck kommt, zeigt, daß die britische Regierung den Versuch aufgegeben hat, durch eine restriktive Politik die internationale Wettbewerbsstellung Großbritanniens zu verbessern. Dieser Versuch ist mit Wachstumsverlusten und einer Kostenaufblähung der britischen Wirtschaft bezahlt worden, die die Ausgangsposition, von der aus nun versucht wird, im Zuge einer erneuten Expansion die britische Konkurrenzfähigkeit zu vergrößern, noch verschlechtert haben.

Westdeutschland

In Westdeutschland zeichnet sich immer deutlicher eine Konstellation der konjunkturbestimmenden Kräfte ab, die für die Endphase einer Hochkonjunktur charakteristisch ist: Bei nachlassender gesamtwirtschaftlicher Expansion wird die Investitionskonjunktur durch eine konjunkturelle Belebung des privaten Verbrauchs abgelöst, ohne daß allerdings deshalb schon Ansätze zu einer Überwindung der allgemeinen Abschwächung erkennbar wären. Auf der einen Seite hat sich, vor allem infolge des schon mehr als ein Jahr anhaltenden Rückgangs der Auslandsnachfrage und der Einschränkung der Selbstfinanzierungsmöglichkeiten, die Investitionsneigung der Unternehmen erheblich verringert; in den Grundstoff-, Produktions- und Investitionsgüterindustrien nehmen deshalb Auftragsgänge, Auftragsbestände, Lieferfristen und die Kapazitätsauslastung seit geraumer Zeit fast ununterbrochen ab¹⁾. Demgegenüber haben im

Verlauf des letzten halben Jahres der private Verbrauch und die Auftragsgänge bei der Verbrauchsgüterindustrie leicht beschleunigt zugenommen. Die Produktion von Verbrauchsgütern nimmt zwar nur mäßig und immer noch weniger stark zu als die Erzeugung von reinen Investitionsgütern; während sich jedoch das Wachstumstempo bei der Investitionsgütererzeugung im Verlaufe des letzten halben Jahres ständig verringert hat, ist die Zuwachsrate der Produktion von Verbrauchsgütern praktisch konstant geblieben.

Die Stabilität der gegenwärtigen Expansion des privaten Verbrauchs ist darauf zurückzuführen, daß Beschäftigung und Einkommen der Arbeitnehmer von einer Abschwächung der privaten Investitionsneigung erfahrungsgemäß zunächst kaum beeinträchtigt werden. Dieser Verzögerungseffekt hat in früheren Phasen einer abflauenden Investitionskonjunktur (1953 und 1956/57) — damals allerdings durch Steuerermäßigungen und Rentenaufbesserungen unterstützt — eine Verbrauchskonjunktur ins Leben gerufen, die dem kontraktiven Effekt der nachlassenden Investitionen entgegengewirkt hat. Auch heute dürfte dank dieser stützenden Rolle des privaten Verbrauchs die Gefahr einer Stagnation oder gar einer Rezession vorerst jedenfalls kaum akut werden. Seine Bedeutung würde jedoch weit überschätzt werden, wenn man in ihm mehr als einen Konjunkturstabilisator, d. h. mehr als eine nur partielle Kompensation des Nachfrageausfalls im Bereich der Investitionsgüter sehen wollte. Die gegenwärtige Expansion des Verbrauchs, die ja im wesentlichen nur eine mit der üblichen Verzögerung folgende und zeitlich begrenzte Reaktion auf den Investitionsboom der vergangenen Jahre darstellt, kann zwar den heute schon deutlich sichtbaren Rückgang in der Ausnutzung des Produktionspotentials abschwächen, nicht jedoch die für eine neue Investitionswelle notwendige Dynamik entfalten. Aber auch die Aussicht, daß die konjunkturelle Belebung in den Vereinigten Staaten oder ein der Wirtschaft immanenter Zyklen-Automatismus rechtzeitig einen neuen Investitionsaufschwung auslösen wird, ist zu vage, um eine allzu sorglose konjunkturpolitische Zurückhaltung zu rechtfertigen.

Die gegenwärtige Diskussion über den Bundeshaushaltsplan für 1962 läßt leider konjunkturpolitische Aspekte vermissen. Statt dessen wird sie fast völlig von der Furcht vor einem Einnahmefehlbetrag oder zumindest vor einem „inflationistisch“, mit Geldmarktmitteln finanzierten Defizit beherrscht. Der Bundeshaushaltsplan weist zwar eine Zunahme der Kassenausgaben um 8 Mrd. DM auf rund 51 Mrd. DM auf; da diese Mehrausgaben jedoch weit mehr als früher auf der Erhöhung der zum Teil aus a u s l a n d s wirksamen Verteidigungsausgaben beruhen, werden sie nicht in vollem Umfang dem Inland zugutekommen.

Trotzdem kann man natürlich nicht an der Tatsache vorbeisehen, daß in diesem Jahre, vor allem

¹⁾ Wie im Wochenbericht Nr. 50/1961 (S. 209) ausgeführt, ist die bekannte Relation „Auftragsingang in vH der Umsätze“ nur mit einigen Vorbehalten als repräsentativ für die Entwicklung der Auftragsbestände anzusehen. Die Relation von 100 im Durchschnitt des 2. Halbjahres 1961 in der Investitionsgüterindustrie indiziert also keine Konstanz, sondern schon einen Rückgang der Auftragsbestände.

aus konjunkturellen Gründen, die Einnahmen der öffentlichen Hand weit weniger stark zunehmen werden als in den vergangenen Jahren. Fraglich ist nur, ob es sinnvoll wäre, der zu erwartenden schlechteren Einnahmeentwicklung durch eine entsprechende Kürzung der Staatsausgaben Rechnung zu tragen. Die für die Finanzpolitik verantwortlichen Instanzen plädieren zwar dafür, diesen Weg zu beschreiten, um die „inflationistischen“ Wirkungen eines Defizits zu vermeiden. Ihre Argumentation und die bisherige Praxis des Fiskus führen diesen Vorschlag jedoch ad absurdum. Auf der einen Seite werden Steuererhöhungen mit der Begründung abgelehnt, daß die Wirtschaft einem beträchtlichen Druck auf ihre Gewinne ausgesetzt sei, der durch eine zusätzliche Steuerbelastung in unvermeidbarer Weise verstärkt würde. Wenn diese Argumentation aber zutrifft — was hier nicht bezweifelt wird —, dann ist es inkonsequent, gleichzeitig eine entsprechende Drosselung der Ausgabenexpansion zu fordern. Eine Einschränkung der Staatsausgaben würde nicht nur, wie eine Steuererhöhung, die private Geldvermögensposition, sondern darüber hinaus auch die Absatzerwartungen der Wirtschaft weiter erheblich verschlechtern, also noch kontraktiver wirken als eine Erhöhung der Steuersätze. Aber auch das Verhalten des Fiskus in der Vergangenheit entsprach nicht dem Postulat einer orthodoxen Finanzpolitik und widerlegt die Einwände gegen einen defizitären Haushalt: Die öffentliche Hand hat ein Jahrzehnt lang mehr oder minder hohe Einnahmeüberschüsse zugelassen und darüber hinaus einen erheblichen Teil dieser überschüssigen

Mittel dem inländischen Kreditmarkt vorenthalten. Eine Beseitigung dieser Überschüsse oder ihre Anlage auf den inländischen Kreditmärkten ist regelmäßig mit dem Hinweis auf den erwünschten antizyklischen Charakter dieser gleichsam automatisch anfallenden Überschüsse abgelehnt worden. Um so mehr überrascht es, daß der Boden dieser Argumentation sofort im Falle eines defizitären Haushalts in Zeiten einer abklingenden Konjunktur verlassen wird, obwohl doch ein Defizit bei schwacher Konjunktur lediglich das Pendant zu den „antizyklischen“ Überschüssen in der Hochkonjunktur darstellt und demnach ebenfalls als konjunkturpolitisch unvermeidbar hingenommen werden müßte. Dabei ist noch nicht einmal die Tatsache berücksichtigt, daß selbst der defizitäre Bundeshaushaltsplan für 1962 insofern sogar noch ein „prozyklisches“, d. h. konjunkturabschwächendes Element enthält, als die Unternehmen trotz stagnierender Gewinne mit Steuern belastet werden, die auf den hohen Gewinnen der vergangenen Jahre der Hochkonjunktur basieren, aber aus veranlagungstechnischen Gründen erst viel später gezahlt werden müssen.

Eine konjunkturgerechte Gestaltung des öffentlichen Haushalts bedeutet nicht unbedingt, daß der fiskalpolitische Grundsatz eines Haushaltsausgleichs auch auf längere Sicht aufgegeben werden müßte. Vielmehr lehrt die Erfahrung, daß eine Finanzpolitik, die für ein kräftiges Wachstum von Nachfrage und Einkommen sorgt, auf die Dauer auch fiskalpolitisch am besten fährt. Dies setzt allerdings voraus, daß der Fiskus bereit ist, gegebenenfalls einen vorübergehend unausgeglichenen Haushalt hinzunehmen.

Die Bruttolöhne und -gehälter in der Bundesrepublik im vierten Quartal 1961

Weitere Abschwächung in der Entwicklung von Beschäftigung und Einkommen

Auch im vierten Quartal 1961 hat sich, wie erwartet, die Expansion der Arbeitnehmerinnen weiter abgeschwächt. Die Zunahme der Löhne und Gehälter war jedoch angesichts des deutlichen Nachlassens der wirtschaftlichen Auftriebskräfte immer noch recht hoch. Bei nicht mehr steigenden Gewinnen und geringerer Expansion der sonstigen Einkommen wurde die Gesamtentwicklung weitgehend von der auch im letzten Quartal 1961 erheblichen Zunahme der Bruttolohn- und -gehaltssumme — um 10,8 vH — getragen. Das Expansionstempo, das am Anfang des Jahres noch eine Zuwachsrate von mehr als 14 vH aufwies, hat sich damit weiter reduziert, ist aber gegenüber dem Vorquartal nur leicht zurückgegangen (vgl. auch die Sonderbeilage).

Dem absoluten Betrag nach haben die Bruttolohn- und -gehaltssummen gegenüber dem vierten Quartal 1960 von 32,1 auf 35,5 Mrd. DM zugenommen; auch gegenüber dem Vorquartal betrug die Steigerung 1,5 Mrd. DM, wobei jedoch die Mehraufwendungen überwiegend auf Weihnachtsgratifikationen zurückzuführen sind.

War bereits im vorangegangenen Quartal zu erkennen, daß die Industrie — bei nur noch schwach steigender Produktion — nicht mehr wie im früheren Maße weitere Arbeitskräfte an sich zog, so ist im vierten Quartal die veränderte Lage noch deutlicher geworden. Erstmals seit Ende 1959 ist die Entwicklung der Löhne und Gehälter in der Industrie (+ 9,8 vH) hinter anderen Wirtschaftsbereichen zurückgeblieben und hat die durchschnittliche Zunahme aller Arbeitnehmerinnen nicht mehr erreicht.

Die geringere Expansion der Lohn- und Gehaltssumme ist nicht nur auf eine Abschwächung der Zuwachsrate der Beschäftigung (+ 1,9 vH) zurückzuführen, sondern auch auf die der individuellen Lohnsteigerungen. Die durchschnittlichen Löhne und Gehälter hatten im ersten Quartal um 11 vH zugenommen, im vierten Quartal aber nur noch um 8,7 vH.

Gegenüber dem vierten Quartal 1960 stieg die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer um 375 000, ging jedoch saisonbedingt — Beschäftigungsrück-

gang in der Bauwirtschaft — gegenüber dem Vorquartal um 30 000 zurück. Mit dem Aufhören des Flüchtlingsstroms aus Mitteleuropa hat sich die Zusammensetzung der Mehrbeschäftigung erheblich verändert, so daß jetzt — per Saldo — davon mehr als zwei Drittel auf Arbeitskräfte aus dem Ausland entfallen.

Die Unterschiede in der Beschäftigungsentwicklung der einzelnen Wirtschaftsbereiche haben sich weiter abgeschwächt, vor allem deshalb, weil die Nachfrage der Industrie nach Arbeitskräften ganz erheblich nachgelassen hat. Besonders stark abgeschwächt hat sich die Zuwachsrate der Beschäftigung in der Grundstoff- (+ 1,8 vH) und Investitionsgüterindustrie (+ 2,9 vH), die Anfang 1961 zusammen noch eine Zunahme von fast 7 vH erreicht hatten. Da auch in den anderen Industriezweigen, abgesehen von der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, die Entwicklung ähnlich verlief, ist die Beschäftigungsausdehnung in der Industrie (+ 1,4 vH) — erstmals seit 1959 — hinter der der Gesamtwirtschaft zurückgeblieben. So war die Beschäftigungsentwicklung in der Gruppe Handel, Verkehr und Banken (+ 2,2 vH) und in den Dienstleistungen (+ 3,5 vH), die sich im Verlauf des Jahres nur geringfügig abgeschwächt hat, stärker als in den produzierenden Bereichen. Die Beschäftigungszunahme im Öffentlichen Dienst (+ 5,7 vH) ist überwiegend auf die Verstärkung der Bundeswehr zurückzuführen.

Bei immer mehr abnehmenden inneren Arbeitskräftereserven war die Zunahme der Zahl der weiblichen Arbeitnehmer geringer als die der männlichen Beschäftigten. Angehalten hat der Übergang von den Arbeiter- zu den Angestelltenfunktionen. So hat sich die Zahl der männlichen Arbeiter um 1,1 vH, die der Angestellten und Beamten um 5,0 vH erhöht; die Zahl der Arbeiterinnen nahm um 0,9 vH, die der weiblichen Angestellten jedoch um 4,0 vH zu.

Auch die individuellen Lohnsteigerungen sind leicht zurückgegangen (+ 8,7 vH) und in den einzelnen Bereichen gleichmäßiger als bisher wirksam geworden. Wies die Industrie in der ersten Jahreshälfte eine stark überdurchschnittliche Erhöhung der Durchschnittseinkommen auf, so hat hier die im Vorquartal einsetzende Abschwächung auch im vierten Quartal angehalten. Ebenfalls hat sich die Lohnexpansion im Baugewerbe verlangsamt; die Zuwachsraten, die hier im vorangegangenen Quartal nach Tarifierhöhungen und starker Zunahme der Überstunden beträchtlich angestiegen waren, haben sich wieder auf den Durchschnitt aller Bereiche reduziert. Schließlich ist in den Bereichen außerhalb der Produktion

— insbesondere im Handel — die Zunahme der Löhne und Gehälter im Verlauf des Jahres nur geringfügig gesunken.

Die durchschnittliche Zunahme der Verdienste ist bei den weiblichen Arbeitnehmern (+ 9,2 vH) im Gegensatz zum Vorquartal etwas stärker als bei den Männern (+ 8,5 vH) gewesen. Nachdem längere Zeit die Arbeiter in der Einkommensentwicklung geführt hatten, war im letzten Quartal 1961 die Zunahme bei den Angestellten (Männer und Frauen + 8,7 vH) etwas stärker als die der Arbeiter (Männer + 7,9 vH, Frauen + 8,5 vH).

Die monatlichen Bruttoeinkommen aller Arbeitnehmer (einschließlich der Lehrlinge und Heimarbeiter) haben sich von 543 DM im vierten Quartal 1960 auf 590 DM im vierten Quartal 1961 erhöht. Die Verdienste der Männer nahmen dabei von 620 DM auf 673 DM, die der Frauen von 389 DM auf 424 DM zu. Die Bruttolöhne der Arbeiter beliefen sich auf 543 DM (Männer 616 DM, Frauen 371 DM); die Angestellten- und Beamtenbezüge auf 762 DM (Männer 899 DM, Frauen 551 DM).

Vom gesamten Mehraufkommen der Löhne und Gehälter in Höhe von 3,5 Mrd. DM gegenüber dem entsprechenden Vorjahrsquartal entfielen auf die männlichen Arbeitnehmer 2,6, auf die Frauen 0,9 Mrd. DM. Der ausgeglichenen Entwicklung entsprechend verteilte sich der Einkommenszuwachs noch gleichmäßiger als bisher auf die Hauptwirtschaftsbereiche, wobei die Industrie (+ 9,8 vH) und das gesamte produzierende Gewerbe (+ 10,2 vH) hinter der Gruppe Handel, Banken und Verkehr (+ 11,7 vH) und insbesondere den Dienstleistungen (+ 12,2 vH) zurückgefallen sind.

Die nun seit Anfang 1961 zu beobachtende von Quartal zu Quartal stetige Abschwächung der Expansion der Löhne und Gehälter hat sich auch im ersten Quartal 1962 fortgesetzt. Zwar hat sich aus strukturellen Gründen die Verknappung am Arbeitsmarkt eher noch verschärft, jedoch ist auch in einer Reihe von Wirtschaftszweigen die Nachfrage nach weiteren Arbeitskräften geringer geworden. Demzufolge ist auch in den jüngsten tarifpolitischen Auseinandersetzungen der Widerstand der Unternehmer gewachsen, Lohnerhöhungen im bisherigen Ausmaß zuzustimmen. Bei einer Jahreszuwachsrate der Beschäftigung von 1,5 vH und einer Zunahme der Durchschnittseinkommen von 7,5 vH bis 8,0 vH dürfte die gesamte Lohn- und Gehaltssumme im ersten Quartal 1962 um rund 9 vH gestiegen sein.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Königin-Luise-Str. 5 u. Bonn, Koblenzer Str. 170.
 Präsident: Prof. Dr. Dr. h. c. Ferdinand Friedensburg. *Abteilungsleiterkollegium:* Dr. Gerhard Abeken, Dr. Klaus Dieter Arndt, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Dr. Rolf Krengel, Dr. Hans Liebe, Dr. Herbert Martell, Prof. Dr. Joachim Tiburtius.
 Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geranienstr. 2.
 Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N 65, Friedrich-Krause-Ufer 24. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany.
 Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung im Inland) DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—

Sonderbeilage zu Wochenbericht Nr. 12 · 1962
Beschäftigung und Einkommen der Arbeitnehmer¹⁾ in der Bundesrepublik²⁾
4. Quartal 1961

Wirtschaftsbereich	Absolute Zahlen								Zuwachs gegenüber dem Vorjahrsquartal in vH			
	Männer				Frauen				Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt
	gesamt	Arbeiter	Angestellte u. Beamte	Lehr-linge	gesamt	Arbeiter	Angestellte u. Beamte	Lehr-linge				
Beschäftigte Arbeitnehmer (in 1000)												
Land- und Forstwirtschaft . . .	315	275	22	18	187	167	10	10	502	- 3,4	- 5,1	- 4,0
Bergbau	562	481	61	20	14	6	7	1	576	- 4,9	± 0,0	- 4,8
Energiewirtschaft	152	99	47	6	19	6	13	0	171	2,0	± 0,0	1,8
Industrie der Steine und Erden	251	225	23	3	19	9	10	0	270	1,2	5,6	1,5
Grundstoff-u. Produktionsgüt.-Ind.	1 246	1 001	207	38	276	178	89	9	1 522	1,8	1,8	1,8
Investitionsgüter-Industrie	2 429	1 802	456	171	805	574	214	17	3 234	2,5	4,1	2,9
Verbrauchsgüter-Industrie	938	744	162	32	1 209	1 070	110	29	2 147	0,3	0,5	0,4
Nahrungs- und Genußmittel-Ind.	289	210	73	6	247	198	44	5	536	1,8	2,5	2,1
Industrie, gesamt	5 867	4 562	1 029	276	2 589	2 041	487	61	8 456	1,1	2,0	1,4
Handwerk u. sonst. Kleingewerbe	834	595	64	175	262	120	82	60	1 096	1,1	1,2	1,1
Baugewerbe	1 763	1 544	104	115	64	9	51	4	1 827	2,5	4,9	2,6
Produzierendes Gewerbe	8 464	6 701	1 197	566	2 915	2 170	620	125	11 379	1,4	2,0	1,6
Handel	1 161	892	663	106	1 343	194	931	218	2 504	2,7	2,8	2,7
Verkehr	1 137	609	491	37	1 50	51	94	5	1 287	0,6	1,4	0,7
Geld-, Bank- u. Versicherungswes.	216	8	189	19	183	8	166	9	399	2,4	4,6	3,4
Handel, Banken und Verkehr	2 514	1 009	1 343	162	1 676	253	1 191	232	4 190	1,7	2,9	2,2
Öffentlicher Dienst ³⁾	1 697	342	1 338	17	557	116	433	8	2 254	6,9	2,6	5,7
Gaststättenwesen	95	66	24	5	276	217	53	6	371	± 0,0	- 2,6	1,9
Häusliche Dienste	1	—	1	—	460	383	69	8	461	± 0,0	—	- 4,2
Dienstleistungshandwerk ⁴⁾	68	53	8	7	255	200	17	38	323	1,5	4,5	3,9
Sonstige Dienstleistungen	229	59	166	4	351	80	254	17	580	1,8	3,2	2,7
Dienstleistungen, gesamt	2 090	520	1 537	33	1 899	996	826	77	3 989	5,8	1,2	3,5
Insgesamt	13 383	8 505	4 099	779	6 677	3 586	2 647	444	20 060	2,0	1,8	1,9
Bruttolöhne und -gehälter (in Mill. DM)												
Land- und Forstwirtschaft	423	361	56	6	171	152	16	3	594	6,5	3,6	5,7
Bergbau	1 268	1 027	233	8	23	9	14	·	1 291	4,1	15,0	4,3
Energiewirtschaft	352	208	142	2	35	9	26	·	387	11,4	16,7	11,8
Industrie der Steine und Erden	505	433	71	1	34	13	21	·	539	13,5	17,2	13,7
Grundstoff-u. Produktionsgüt.-Ind.	2 797	2 022	761	14	408	219	186	3	3 205	8,1	8,5	8,2
Investitionsgüter-Industrie	4 882	3 401	1 424	57	1 096	678	412	6	5 978	10,9	13,1	11,3
Verbrauchsgüter-Industrie	1 780	1 296	473	11	1 409	1 197	202	10	3 189	9,1	9,3	9,2
Nahrungs- und Genußmittel-Ind.	683	403	228	2	304	221	81	2	937	12,6	14,7	13,3
Industrie, gesamt	12 217	8 790	3 332	95	3 309	2 346	942	21	15 526	9,5	11,1	9,8
Handwerk u. sonst. Kleingewerbe	1 227	1 031	144	52	234	130	87	17	1 461	11,2	10,9	11,2
Baugewerbe	3 210	2 844	324	42	98	13	83	2	3 308	11,4	16,7	11,5
Produzierendes Gewerbe	16 654	12 665	3 800	189	3 641	2 489	1 112	40	20 295	9,9	11,2	10,2
Handel	2 258	645	1 580	33	1 587	229	1 296	62	3 845	13,0	13,4	13,1
Verkehr	2 187	1 066	1 110	11	246	69	175	2	2 433	9,1	10,3	9,2
Geld-, Bank- u. Versicherungswes.	494	14	474	6	299	12	284	3	793	10,8	15,0	12,3
Handel, Banken und Verkehr	4 939	1 725	3 164	50	2 132	310	1 755	67	7 071	11,0	13,2	11,7
Öffentlicher Dienst ³⁾	4 200	663	3 530	7	1 093	145	945	3	5 293	14,2	10,2	13,4
Gaststättenwesen	183	118	63	2	324	246	76	2	507	10,9	12,5	11,9
Häusliche Dienste	2	—	2	—	443	350	90	3	445	± 0,0	4,2	4,2
Dienstleistungshandwerk ⁴⁾	101	78	20	3	248	211	25	12	349	9,8	12,7	11,9
Sonstige Dienstleistungen	524	103	420	1	450	91	353	6	974	8,7	11,4	9,9
Dienstleistungen, gesamt	5 010	962	4 035	13	2 558	1 043	1 489	26	7 568	13,4	9,8	12,2
Insgesamt	27 026	15 713	11 055	258	8 502	3 994	4 372	136	35 528	10,7	11,1	10,8
Monatliches Durchschnittseinkommen (in DM)												
Land- und Forstwirtschaft	448	438	848	111	305	303	533	100	394	10,3	9,1	10,0
Bergbau	752	712	1 273	133	548	500	667	·	680	9,5	15,0	9,5
Energiewirtschaft	772	700	1 007	111	614	500	667	·	754	9,2	9,4	9,9
Industrie der Steine und Erden	671	641	1 029	111	596	481	700	·	665	12,2	11,0	12,0
Grundstoff-u. Produktionsgüt.-Ind.	748	673	1 225	123	493	410	697	111	702	6,2	6,6	6,3
Investitionsgüter-Industrie	670	629	1 041	111	454	394	642	118	616	8,2	8,5	8,1
Verbrauchsgüter-Industrie	637	581	973	114	388	373	612	115	495	8,9	8,8	8,7
Nahrungs- und Genußmittel-Ind.	730	640	1 041	111	410	372	614	·	579	10,7	11,9	10,3
Industrie, gesamt	694	642	1 079	115	426	383	645	115	612	8,2	9,0	8,8
Handwerk u. sonst. Kleingewerbe	490	578	750	99	298	361	354	94	444	10,0	9,6	10,0
Baugewerbe	607	614	1 038	122	510	481	541	·	604	8,7	11,2	8,8
Produzierendes Gewerbe	656	630	1 058	111	416	382	598	107	595	8,4	9,1	8,5
Handel	648	548	794	104	394	393	464	95	512	9,8	10,3	10,1
Verkehr	641	583	754	99	547	451	621	·	630	8,8	8,8	8,4
Geld-, Bank- u. Versicherungswes.	762	583	886	105	545	500	570	111	662	8,2	10,4	8,6
Handel, Banken und Verkehr	655	570	785	103	424	408	491	96	563	9,2	10,0	9,3
Öffentlicher Dienst ³⁾	825	646	879	137	654	417	727	125	788	6,9	7,6	7,2
Gaststättenwesen	642	596	875	·	391	378	478	111	456	10,9	9,6	9,8
Häusliche Dienste	667	—	667	—	821	305	485	125	322	·	8,8	8,7
Dienstleistungshandwerk ⁴⁾	495	491	833	·	324	352	490	105	360	8,2	7,9	7,7
Sonstige Dienstleistungen	763	582	843	·	427	379	463	118	560	6,8	7,9	7,1
Dienstleistungen, gesamt	799	617	875	131	449	349	601	113	632	7,2	8,5	8,3
Insgesamt	673	616	899	110	424	371	551	102	590	8,5	9,2	8,7

¹⁾ Einschl. Heimarbeiter. — ²⁾ Einschl. Saarland, ohne West-Berlin. — ³⁾ Einschl. Soldaten. — ⁴⁾ Photographisches Gewerbe, Wäschereien, Friseur.

